

Haushaltsentwurf 2008
des Landkreises Esslingen
Generaldebatte am 8. November 2007

Fraktionsvorsitzender Alfred Bachofer

Es mag paradox klingen, aber es ist einfacher, einen Haushalt zu verabschieden, wenn kein finanzieller Spielraum besteht. Man hat dann zwar Grund zum Jammern, begibt sich aber auch nicht in Gefahr, das Füllhorn auszuschütten. Niemand wird sich die Finanzlage der vergangenen Jahre zurückwünschen – aber um der Wahrheit die Ehre zu geben: Unser Landkreis wahr nie arm, er hatte nur kein Geld. Und Geldmangel kann auch ein Segen sein, denn er verhindert einigermaßen verlässlich unnötige Ausgaben. So haben die öffentlichen Hände, im Besonderen die Städte und Landkreise, verstärkt gelernt, auf wirtschaftliche Vernunft zu setzen. **Das ist gut so, denn wirtschaftliche Vernunft ist die Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit.**

Um den Begriff „Gerechtigkeit“, einem Kernelement unserer sozialen Marktwirtschaft, dreht sich derzeit die Diskussion in der Sozialpolitik. Wer mehr Gerechtigkeit will, muss zunächst die Frage beantworten, was ungerecht ist. Es mag durchaus

gerecht sein, älteren Arbeitssuchenden länger finanzielle Hilfe zu gewähren. Andererseits muss das Geld dazu von denen aufgebracht werden, deren Arbeitseinkommen durch hohe Abgaben geschmälert wird. Im internationalen Vergleich haben bei uns die unteren und mittleren Einkommen ohnehin die höchste Abgabenlast.

Ich will nicht die Frage beantworten, ob es richtig oder falsch ist, die Bezugsdauer von ALG I zu verändern. Für mich steht aber fest, dass **ein** Grund für den konjunkturellen Aufschwung darin besteht, dass die Wirtschaft wieder Vertrauen in die Verlässlichkeit und Berechenbarkeit politischer Entscheidungen gefasst hatte. Das Tauziehen um Veränderungen an der Agenda 2010, an dem sich mehr oder weniger alle Parteien beteiligen, gefährdet diese Vertrauensbasis. Auch überzogene Forderungen in den Tarifgesprächen gehören in diesen Zusammenhang. Dies alles ist gefährlich für den Arbeitsmarkt und nichts ist wichtiger für den sozialen Frieden in unserem Land als weiter rückläufige Arbeitslosenzahlen, vor allem für ältere und seit langem arbeitssuchende Menschen.

Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, dass Wachstum von entscheidender Bedeutung ist. Der wieder gewonnene Spielraum kommt allen Lebensbereichen zugute – dem Sozialen, dem immer wichtiger werdenden Klima- und Umwelt-

schutz, der Bildung, der Kultur und der Bewältigung der Herausforderungen, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben. Es wäre ein Fehler, jetzt wieder das Ruder vom Sozialstaat in Richtung Versorgungsstaat zu drehen. Alle Ebenen der Politik sind vielmehr aufgerufen, die wachstumsfördernden Elemente zu sichern und zu stärken. Dazu gehört auch die vollmundig angekündigte aber längst nicht eingelöste Senkung der Lohnnebenkosten.

Vor dem Hintergrund der derzeit gut gefüllten Kassen sollten wir uns bei den Haushaltsberatungen des Sprichworts erinnern: **Geld und Weisheit schaffen Vermögen**. Es ist gewiss keine neue Erkenntnis, dass unser marktwirtschaftliches System Zyklen aufweist. In einer Flaute wie nach dem Jahr 2001 braucht man nicht zu fürchten, dass diese anhält. Und in einem Boom wie heute darf man auch nicht hoffen, dass dieser dauerhaft bleibt.

Die Kreisumlage im Rückblick

Wenn wir heute über die Höhe der Kreisumlage nachdenken, hilft ein Blick zurück. In den 80-iger Jahren waren wir bei einem Hebesatz von 18 Punkten bei nur langsam steigender

Tendenz. In dieser Zeit wurde der Grundstock für die hohe Verschuldung des Kreises gelegt, ein Fehler, wie wir heute wissen. Die Vergangenheit hat uns eingeholt. In der Folgezeit addierten sich explosionsartig steigende Soziallasten, hohe Schuldzinsen, nachzuholende Sanierungskosten für Straßen und Gebäude und sinkende Steuerkraftsummen mit der Konsequenz atemberaubender Kreisumlagehebesätze. Die Kreisumlage konnte nicht mehr unter strategischen Gesichtspunkten beschlossen werden, sie war diktiert. Jetzt eröffnet sich uns die Chance zu einer langfristig und solide ausgerichteten Haushaltspolitik.

Wir Freien Wähler sind der Überzeugung, dass auch vor diesem Hintergrund die Hebesatzpolitik der **letzten vier Jahre** richtig war. Da die meisten Gemeinden ab 2004 nicht mehr in der Lage waren, ihre Haushalte auszugleichen und auch keine Kredite mehr aufnehmen durften, musste der Hebesatz an der untersten vertretbaren Grenze bleiben. Die in dieser Zeit anti-zyklisch getätigten Investitionen des Kreises konnten ohne Erhöhung der Schulden zu günstigen Baupreisen und zu langfristig günstigen Finanzierungskonditionen realisiert werden. Wir sind aber auch der Versuchung widerstanden, 2006 und 2007 - als der berühmte Silberstreif am Horizont auftauchte – sich abzeichnende Reserven zu verschenken. Die von unserer

Fraktion prognostizierten und jetzt auch eingetretenen Haushaltsüberschüsse geben dem im letzten Jahr beschlossenen Entschuldungsprogramm erst den richtigen Drive. Als wir beim Haushalt 2007 mit unserer nachdrücklichen Unterstützung den Beschluss gefasst haben, dem Landkreis wieder kommunalpolitischen Handlungsspielraum zurückzugeben, konnten wir nicht ahnen, welchen Gestaltungsraum der wirtschaftliche Aufschwung für unsere Kreisfinanzen bringen würde. Es hat immer ein Auf und Ab in der Konjunktur gegeben, ich habe aber in meinen 40 Jahren in der Kommunalpolitik noch nie eine solche Auswirkung auf die öffentlichen Finanzen erlebt.

Wo liegen die Ursachen der Wende im Kreishaushalt?

Erfreulich ist zunächst die Entwicklung der für das Kreisumlageaufkommen maßgebenden Steuerkraftsummen der Gemeinden. Es gibt aber neben dem ordentlichen Aufkommen an Grunderwerbsteuer noch einen weiteren Faktor für diese Entwicklung zum Besseren. Auch in der Vergangenheit hatten wir schon ordentliche Steuerkraftsummen – allerdings mit der Folge, dass dies bei den Finanzaufweisungen gegen gerechnet wurde. In diesem Jahr fließen aufgrund der hohen Steuereinnahmen des Landes und bei den Gemeinschaftssteuern deutlich höhere Beträge in den kommunalen Finanzausgleich. Die

Kopfbeträge zur Ermittlung der Steuerkraftmesszahl der Landkreise sind um 21 % von 396 € in 2006 auf jetzt 480 € je Einwohner gestiegen und damit so hoch wie nie zuvor. Trotz deutlich besserer Finanzlage in 2008 erhält der Kreis 33 Mio € an Schlüsselzuweisungen. Im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 3,9 Mio €, gegenüber 2006 sind es sogar rd. 13 Mio €. Das ist die Verfügungsmasse, die wir brauchen und die den Gemeinden nicht weh tut.

Diese Entwicklung wird auch nächstes Jahr anhalten. Unsere Kämmerei hat die Steuereinnahmen 2007 bei den Großen Kreisstädten erhoben. Sie geht von einem Zuwachs von 8 % aus. Wir erwarten eine Steigerung um mindestens 10 %, da auch viele kleinere Kommunen hohe Einnahmezuwächse verzeichnen. Trotzdem werden uns wohl die Zuweisungen des Landes erhalten bleiben. Dies bestätigt die aktuelle Steuer-schätzung, obwohl sie bereits signalisiert, dass die Steuerbäume nicht in den Himmel wachsen. Die Kurve der Einnahmen steigt jetzt deutlich stärker an als die der Soziallasten, das ist der dringend notwendige Gestaltungsspielraum.

Womit ich auch bei dem Thema wäre, das uns in der Vergangenheit größtes Kopfzerbrechen bereitet hat, dem

Sozialetat

Man fragt sich warum, aber der Gesamtaufwand im Sozialbereich steigt weiter um 3,16 % und liegt nach dem Haushaltsplanentwurf bei 152,8 Mio. €. Hinzu kommt der finanzielle Aufwand für die Jugendhilfe mit 30,2 Mio. €. Damit werden rund 45 % aller Kreisausgaben für die soziale Sicherung von Kindern, Jugendlichen, Behinderten, Älteren und Hilfebedürftigen eingesetzt. Vor dem Hintergrund einer wahltaktisch motivierten Diskussion über die soziale Gerechtigkeit in Deutschland zeigen diese Zahlen: Entgegen mancher veröffentlichten Meinung – die soziale Absicherung in unserem Land war zu keiner Zeit so umfassend und ausgeprägt! Dies scheint gut zu sein für unsere Bürgerinnen und Bürger, führt aber unwillkürlich auch zu der Frage, ob dies auf Dauer finanzierbar ist. Geld, das wir hier ausgeben müssen, fehlt für lebensnotwendige Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung, Entwicklung und Klimaschutz.

Deshalb darf uns die erfreuliche Entwicklung im Kreishaushalt nicht leichtsinnig machen. Wir Freien Wähler werden deshalb zusätzlichen Sozialleistungen nur zustimmen, wenn eine zwingende Notwendigkeit nachgewiesen ist und dadurch nachhaltig die Qualität der Leistungen sowie deren finanzielle Folge-

wirkungen verbessert werden. Vor diesem Hintergrund tragen wir den Ausbau der interdisziplinären Frühförderung um 1,4 zusätzliche Stellen mit. Mit der Behandlung in der Frühförderung werden rechtzeitig wichtige Weichenstellungen bei behinderten Kleinkindern gestellt. Es wird auf die jeweilige Entwicklungsproblematik und die besondere Familienkonstellation fachkompetent eingegangen und so eine frühzeitige Integration behinderter Kinder ermöglicht.

Wir werden jedoch bei kostenwirksamen Anträgen sehr genau hinschauen, vor allem wenn dadurch dauerhafte Belastungen entstehen. Der finanziell notwendige Kahlschlag bei den Freiwilligkeitsleistungen in den letzten Jahren war für den Kreistag und die betroffenen Institutionen mit vielen Härten verbunden. Die Diskussionen sind uns noch in ungueter Erinnerung. Deshalb warnen wir ausdrücklich vor neuen Begehrlichkeiten! Wer heute mit leichter Hand Freiwilligkeitsleistungen zustimmt, bringt die Saat für künftige Streichungen aus.

Bei der **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** steigt der Nettoaufwand zu Lasten des Landkreises weiter und wird im Jahr 2008 bei knapp 14 Mio. € liegen. Gegenüber dem Rechnungsergebnis 2006 bedeutet dies erneut eine

Steigerung um 14% und ich brauche keine prophetische Gabe, um weitere Erhöhungen vorherzusagen. Skandalös ist die Tatsache, dass die verbindlich zugesagte Revision seit fast drei Jahren überfällig ist und es beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales konkrete Überlegungen gibt, die Bundesbeteiligung deutlich abzusenken.

Auch die Grundsicherung für Erwerbslose – wie die Hartz-IV-Reformen mittlerweile genannt werden – ist für die kommunale Seite zu einer erheblichen Belastung geworden. Wer wirklich von diesen Leistungen leben muss, bewegt sich an der Existenzgrenze. Müsste andererseits **nur das** bezahlt werden, was **notwendig** ist, könnte man die Sätze spürbar anheben und hätte trotzdem Geld übrig. Zur Erinnerung: diese Gesetze sollten die Kommunen um bundesweit 2,5 Mia. € entlasten, um Investitionen zur konjunkturellen Belebung der Wirtschaft und den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung zu finanzieren. Tatsächlich muss der Landkreis Esslingen rund 33,5 Mio. € tragen und es ist nicht klar, ob sich der Bund weiter aus der Finanzierung der Unterbringungskosten zurückzieht.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen aus CDU und der SPD: es ist Ihre Aufgabe, den Bundestagsabgeordneten unsere Probleme nahe zu bringen und auf Verbesserungen drängen.

Unklar sind die konkreten Auswirkungen der unlängst vom Bundeskabinett beschlossenen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung. Grundsätzlich sind verbesserte Leistungen im ambulanten und stationären Bereich sowie die Einführung der Pflegestufe 0 für Demenzerkrankte zu begrüßen. Allerdings ist zu befürchten, dass beim vorgesehenen Aufbau von Stützpunkten mit Pflegebegleitern kostspielige Parallelstrukturen zu den Angeboten des Landkreises, der Kommunen sowie der kirchlichen und freien Träger geschaffen werden. Es stellt sich also die Frage, welche Auswirkungen dies auf die bestehenden Einrichtungen im Landkreis Esslingen hat und wie sich neu begründete Ansprüche auf den Sozialetat auswirken können.

Antrag 1

Die Kreisverwaltung berichtet im Sozialausschuss über mögliche Auswirkungen der beschlossenen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung auf

- **die bestehenden Einrichtungen im Landkreis und**
- **den Sozialetat.**

Wir Freien Wähler stehen zu dem Ziel, Baden-Württemberg zu einem **Kinderland** zu machen. Die aktuelle Rechtslage mit der Verordnung zum Kindertagesstättengesetz und verschiedene höchstrichterliche Urteile führen zu einer deutlichen Stärkung

der Freien Trägern gegenüber den kommunalen und kirchlichen Einrichtungen. Es kann aber dem Steuerzahler kaum vermittelt werden, dass der Landkreis und die Kommunen freien Trägern hohe Betriebskostenzuschüsse zahlen müssen, während kommunale Einrichtungen zunehmend leer stehen. Wohlgemerkt, wir stehen zur Trägervielfalt. Aber das Wunsch- und Wahlrecht kann kein Freibrief sein, der unbegrenzte kommunale Finanzierungsverpflichtungen hervorruft. Diese Gelder fehlen den Kommunen dann, um die pädagogische Qualität beim Orientierungsplan für Bildung und Erziehung sowie die Angebote der kommunalen Kinderbetreuungsstätten zu verbessern.

Die **Eingliederung von behinderten Menschen** ist eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe. Wir wollen ihnen auch künftig eine bestmögliche Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglichen. Aber die Aufwendungen bei der Eingliederungshilfe steigen weiter. Im Haushalt 2008 ist erneut eine Ausgabenerhöhung um 1,2 Mio. € auf 47,2 Mio. € eingeplant. Diese Aufwendungen werden hauptsächlich von der kommunalen Seite finanziert, während Bund und Land die Leistungen definieren ohne sich finanziell ausreichend zu engagieren.

Wenn wir die Kosten im Sozial- und Jugendhilfebereich beklagen, dürfen wir allerdings nicht übersehen, dass bei den Betroffenen oft viel wirtschaftliche und seelische Not dahintersteht. Wir sind einer der wirtschaftsstärksten Kreise im Bundesgebiet mit den niedrigsten Arbeitslosenzahlen und jammern trotzdem aus Überzeugung. Wie mag es erst bei den Menschen und Sozialhilfeträgern in Regionen aussehen, die ein Mehrfaches an Arbeitslosen und nur wenig Aussicht auf eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Lage haben?

Wir unterstützen nicht zuletzt deswegen die Grundlinie des Kreises, im Sozial- und Jugendhilfebereich auf Prävention zu setzen. Dies ist wirtschaftlich vernünftig und wird dem menschlichen Bedürfnis gerecht, das Leben eigenverantwortlich zu gestalten und nicht in Abhängigkeit von öffentlichen Leistungen zu geraten

Und nun zu den

Schulen und Kultur

Uns Freien Wählern sind die Themen „Bildung und Ausbildung“ und der Übergang von der Schule zum Beruf ein zentrales Anliegen. Trotz guter Konjunktur und der Bereitschaft mehr

Ausbildungsplätze zu schaffen, fällt es benachteiligten jungen Menschen nach wie vor schwer, einen adäquaten Ausbildungsplatz zu finden oder die Lehrzeit durchzuhalten. So erfolgreich der „Runde Tisch“ und andere Initiativen auch sind, wir dürfen in unseren gesellschaftlichen Anstrengungen nicht nachlassen. Keiner der willig ist, darf außen vor bleiben, dies gilt ganz besonders für junge Menschen mit Migrationshintergrund.

Der notwendige Ausbau von **Ganztagesbetreuungsangeboten** wird in den Städten und Gemeinden mit Nachdruck vorangebracht. Wir fordern jedoch eine deutlich bessere Beteiligung des Landes. Es ist unverständlich, dass das Land die Schulämter wieder aus den Landratsämtern herauslösen wird, nachdem endlich ein guter Dialog zwischen Schulverwaltung, Jugendämter und Kommunen in Gang gekommen ist. Wir können auch nicht nachvollziehen, dass der Ausbau der Ganztagesbetreuung an kleinen Grund- und Hauptschulen zu scheitern droht, nur weil das Land seine Beteiligung mit entsprechenden Lehrerdeputaten an Anforderungen knüpft, die selbst zwei- und dreizügige Schulen kaum erreichen können.

Nur wenige Sätze zur Diskussion um unser dreigliedriges Schulsystem. Es ist nicht entscheidend, ob am Schulgebäude

das Schild „Hauptschule“ oder „Realschule“ hängt. Entscheidend ist ein zielgerichteter, pädagogisch hochwertiger Unterricht mit individuellen Angeboten, vor allem für Schüler mit Defiziten. Dies beginnt bei der Kooperation Kindergarten – Grundschule und endet beim Förderunterricht an den weiterführenden Schulen. Es reicht nicht aus, nur die schulische Grundversorgung sicherzustellen. Das Land ist in der Pflicht, mehr Lehrer einzustellen und mit zusätzlichen Lehrerdeputaten die jungen Menschen auf das Berufsleben vorzubereiten und ihnen Lebensperspektiven zu bieten.

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an unseren beruflichen Schulen wird noch einige Zeit stabil bleiben bzw. nur geringfügig steigen. Nachdem wir die umfangreichsten Schulbaumaßnahmen in der Geschichte des Landkreises erfolgreich bewältigt haben, ist auf absehbare Zeit mit keinen größeren Raumproblemen zu rechnen. Dagegen zeigt die von uns beantragte Auflistung der notwendigen Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen mit einer Summe von rd. 30 Mio € bis 2012, dass wir auch versteckte Schulden haben. Mit rd. 5 Mio € im kommenden Jahr, vor allem auch für energiesparende Maßnahmen, kommen wir einen guten Schritt voran. Ein Mal mehr zeigt sich die Notwendigkeit eines professionellen Gebäude-

managements. Wir verweisen dazu auf unseren entsprechenden Antrag, der schon vor Jahren diesen Weg gewiesen hat.

Neu an den beruflichen Schulen ist das Berufseinstiegsjahr für Jugendliche mit Hauptschulabschluss. Das Berufsvorbereitungsjahr für Hauptschüler ohne Abschluss bleibt erhalten. Durch den Mangel an Ausbildungsplätzen betrug der Anteil der Hauptschüler mit Abschluss im Vorbereitungsjahr mehr als 50 %. Diese Differenzierung begrüßen wir, weil dadurch eine gezieltere Förderung möglich ist.

Jugendberufshilfe und Schulsozialarbeit sind nach Auffassung unserer Fraktion wichtige Maßnahmen für sozial benachteiligte oder eher praktisch begabte Schüler. Der Kreis springt hier in eine Lücke, die das Land nicht zu schließen bereit ist, obwohl es dessen Aufgabe wäre.

Wir teilen die Auffassung des geschäftsführenden Schulleiters, Herrn Futter, über die nicht ausreichende Lehrerversorgung an den Berufsschulen. Ohne eine deutlich erhöhte Attraktivität dieses Berufs, vor allem bezüglich der Besoldung, wird sich daran wenig ändern. Unbefriedigend ist auch die Situation für die Rektoren an Berufsschulen. Von deren Engagement hängen entscheidend Qualität und Niveau der Schulen ab. Die

Leitungskompetenz der Rektoren muss gestärkt werden. Interessant ist der Gedanke, den Trägern aller Schularten bei der Besetzung von Schulleiterstellen mehr Mitsprache oder gar das Wahlrecht einzuräumen und eine Berufung auf Zeit bei deutlich besserer Vergütung.

Ich habe schon betont, dass es eine wichtige Aufgabe des Landkreises ist, behinderten Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Hier muss man so früh wie möglich ansetzen. In unseren Sonderschulen und Schulkindergärten geht es dabei nicht nur um Wissensvermittlung, sondern sie müssen auch auf die Bewältigung von Alltagsaufgaben vorbereiten.

Im Unterschied zur allgemeinen Entwicklung steigen die Schülerzahlen an den kreiseigenen Sonderschulen und Schulkindergärten. Im laufenden Schuljahr werden in unseren Einrichtungen 993 Kinder und Jugendliche betreut. Eine große Aufgabe für die Familien, aber auch wir stehen in der Verantwortung. Mit dem Neubau der Verbundschule in Dettingen haben wir nicht nur den räumlichen Engpass behoben, sondern auch einen wichtigen Beitrag zur wohnortnahen Einschulung geleistet. Unser Augenmerk muss sich nun auf die Rohräckerschule richten, die zwangsläufig bisher zurückstehen musste.

Freilichtmuseum Beuren

Das Freilichtmuseum Beuren ist nicht nur eine touristische Attraktion, sondern ermöglicht unseren Schulen lebendige Geschichtsvermittlung. Neue Perspektiven bieten uns die Aufnahme in das Biosphärengebiet und das Besucherpotenzial der Messe auf den Fildern. Die Fraktion geht davon aus, dass sich die Verwaltung auf diese veränderte Situation vorbereitet. Wir teilen Ihre Auffassung, Herr Landrat Eininger, dass man sich nach Aufnahme in das Biosphärengebiet erneut Gedanken über das Eingangsgebäude und die Parkierung machen muss. Dies ist bisher nicht an Zweifeln über die Notwendigkeit, sondern an Finanzierungsfragen gescheitert.

Wenig spektakulär ist das Geschehen im

Ausschuss für Technik und Umwelt

Niemand sehnt sich nach den Zeiten erbitterter Auseinandersetzungen über Fragen der Müllentsorgung zurück. Es wäre aber falsch, sich mit dem Erreichten zufrieden zu geben oder gar zu glauben, Abfallwirtschaftsbetrieb und Kompostwerk seien jetzt Selbstläufer. Es steht viel Geld unserer Gebührenzahler auf dem Spiel.

Interessant ist ein Blick über die Kreisgrenze nach Böblingen. Der Landkreis, mit dem wir ja eng zusammenarbeiten, ist dort schrittweise dabei, das Einsammeln und Befördern des Mülls wieder in kommunale Regie zu nehmen. Eine Wirtschaftsberatungsgesellschaft und ein erster Testlauf haben beachtliche Einsparpotenziale ausgemacht. Ohne für einen solchen Schritt plädieren zu wollen, empfiehlt unsere Fraktion die dortige Praxiserfahrung zu beobachten.

Auch in Zeiten knapper Kassen ist es uns gelungen, das Dringlichkeitsprogramm zur Instandsetzung unserer Kreisstraßen planmäßig abzarbeiten. Damit unsere Kreisstraßen nicht ein ähnliches Bild abgeben wie viele Landesstraßen, sollten wir unsere Anstrengungen, die in mehrfacher Hinsicht Wirtschaftsförderung darstellen, verstärken. Erhebliche Preissprünge im Tiefbau entwerfen den bisherigen Planansatz. Wir beantragen daher eine Anhebung von 1,2 auf 1,5 Mio €.

Antrag 2

Der Planansatz für Straßeninstandsetzungen wird von 1,2 auf 1,5 Mio € angehoben.

Die Verwaltung hat das Thema einer besseren Organisation der Tourismusförderung im Landkreis aufgegriffen. Schon bei

der ersten Beratung im April hat unsere Fraktion eine grundsätzliche Aufarbeitung des Themas verlangt. Uns befriedigt der Vorschlag der Verwaltung nicht. Es besteht zwar Übereinstimmung im Ziel, nicht aber im Weg. Wir halten nichts davon, diese wichtige Aufgabenstellung mit einer befristeten Stelle bei der Wirtschaftsförderung anzugehen. Dies führt nur zu einer weiteren Zersplitterung ohne qualitativ viel zu erreichen. Unsere Fraktion möchte einen entschlosseneren Denkansatz, weil wir dem Städte- und Kurzzeittourismus einen beachtlichen Stellenwert beimessen.

Um die Kräfte im Landkreis zu bündeln, schlagen wir die Gründung einer Tourismus-GmbH vor, die zur Hälfte vom Landkreis und zur anderen Hälfte von den am Tourismus interessierten Städte und Gemeinden getragen wird. Auch eine Einbindung des Hotel- und Gaststättenverbands ist zu prüfen. Bei entsprechender finanzieller und personeller Ausstattung und Kooperation mit der Wirtschaftsförderung könnten Doppelstrukturen abgebaut und die Kräfte zielgerichtet zur Verbesserung und Vermarktung der im Kreis vorhandenen Angebote eingesetzt werden. Es sind zügig Gespräche mit den Kommunen und dem Hotel- und Gaststättenverband zu führen, um deren Mitwirkungsbereitschaft zu klären.

Sollte der Kreis mit diese Idee allein bleiben, bevorzugen wir die Einschaltung externer Kompetenz, um dieses Feld zu beackern.

Antrag 3

Um die Tourismusförderung im Landkreis zu stärken wird die Verwaltung beauftragt

- 1. Gespräche mit den im Tourismus engagierten Gemeinden mit dem Ziel zu führen, eine partnerschaftlich getragene GmbH zu gründen.**
- 2. Sollte dazu keine ausreichende Bereitschaft bestehen, Vorschläge zu unterbreiten, wie zunächst durch Einschaltung externer Kompetenz eine zielgerichtete und wirtschaftliche Bündelung und Vermarktung vorhandener oder zu schaffender Angebote erreicht werden kann.**

Das

Krankenhauswesen

greife ich als letztes auf, um dessen Bedeutung zu unterstreichen.

Wir sehen dieses Feld mittlerweile deutlich weniger aufgeregt. Trotz des enormen Kostendrucks, dem nicht zu verantwortenden Diktat der Budgetbegrenzungen und weiteren Belastungen aus der Gesundheitsreform, die nichts anderes sind als ein Verschiebebahnhof zu Lasten der Träger, sind unsere Häuser noch gut aufgestellt. Die organisatorischen Maßnahmen und laufenden Baumaßnahmen gewährleisten eine hochwertige und wohnortnahe Medizin. Unsere Krankenhäuser sind an der Spitze und insgesamt beim Personal bestens ausgestattet. Der schon zur Pflicht gewordene Ruf nach Kooperationen und Zusammenschlüssen ist auch kein Allheilmittel. Wir haben vorhandene Synergien weitgehend ausgeschöpft, weitere Einschnitte gingen zu Lasten der Qualität und der Flächenversorgung. So mancher hoch gelobte Klinikverbund schreibt längst rote Zahlen, wir erreichen noch die berühmte „schwarze Null“.

Herr Landrat Eininger, Sie und die Leitung des Eigenbetriebs haben unser Vertrauen, dass die sich bietenden Chancen der Zusammenarbeit vorurteilsfrei genutzt werden. Dabei ist das Klinikum Esslingen der nahe liegende, aber keineswegs einzige in Betracht kommende Partner. Die dortige Klinik muss wirtschaftlich gut positioniert sein, sonst könnte man sich die Einrichtung einer weiteren kostenträchtigen Strahlentherapie in

nächster Nähe zu Ruit, die dort, obwohl mit bestem Ruf ausgestattet, hart an der Wirtschaftlichkeitsgrenze arbeitet, nicht leisten. Die Vernunft gebietet es, Doppelstrukturen abzubauen, hier werden sie neu geschaffen. Falls dies in Ruit künftig zu einem Defizit führen sollte, sei der Hinweis gestattet, dass die Stadt Esslingen der größte Aktionär beim Kreis ist. Nachdem man diesen Schritt mit einer wohnortnahen Versorgung begründet, haben Kreis und Stadt die **gleiche Interessenlage**, denn gerade für uns ist sie ein unverzichtbares Gut. Leider passen bei gleichem Wortlaut die Inhalte nicht zusammen.

Wie steht es so zutreffend im Eckpunktepapier des Landkreistags zu kommunalen Krankenhausstrukturen: „Unabdingbar ist ein ausreichender Vorrat an gemeinsamen Interessen. Die Partner müssen zueinander passen. Klinikkooperationen, in denen ein Träger für sich eine dominierende Stellung beansprucht, sind von vornherein zum Scheitern verurteilt.“

Der Kreistag hat „grünes Licht“ gegeben für alle notwendigen baulichen und personellen Schritte an unseren vier Standorten und kann deshalb entspannt abwarten, was die laufenden Gespräche bringen. Erst und nur dann, wenn sich die Notwendigkeit **zwingend** ergibt, sollten wir schon wieder eine Veränderung der Unternehmensform in Betracht ziehen. Die ständige

GmbH-Debatte eröffnet keinen Königsweg und trägt nicht zur Ruhe unter unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei.

Abschließende Betrachtung und Position zur Kreisumlage

Dieser Kreishaushalt hat Luft. Genügend Luft, um trotz Schuldenrückführung den vorgeschlagenen Hebesatz von 39,2 Punkten um einen halben oder gar ganzen Punkt zu senken und damit endlich die „rote Laterne“ abzugeben. Dennoch wollen wir dies nicht, weil der Zeithorizont einer nachhaltigen Finanzpolitik weit über die Betrachtung des laufenden und des nächsten Jahres hinausgehen muss. Entscheidend ist nicht, ob wir in einem Jahr zu viel oder auch zu wenig erheben. Die Gemeinden müssen letztlich das abliefern, was der Kreis **zwingend** zu seiner Aufgabenerfüllung benötigt. Die Betonung legen wir dabei nachdrücklich auf „zwingend“. Mit uns ist der Kurs, denn Sie Herr Landrat, vorschlagen, nur dann zu machen, wenn der gewonnene Gestaltungsspielraum ganz wesentlich zur Rückführung der Verschuldung oder – wie in diesem Haushalt – zur Eigenfinanzierung der Investitionen genutzt wird.

Wir wollen keine neuen Fässer aufmachen und werden neue konsumtive Ausgaben nur mittragen, wenn sie unabweisbar

sind. Dass wir auch so handeln, zeigen wir mit **nur zwei haushaltsrelevanten Anträgen**. Wenn unsere Gremien einen anderen Kurs einschlagen sollten, hätte dies zur Folge, dass wir die Notbremse eines niedrigeren Hebesatzes ziehen würden. Schuldentrückführung und mehr Eigenfinanzierung bringen die günstigere Kreisumlage in Zeiten, in denen die Kommunen unsere Zurückhaltung wieder brauchen werden. Wir können uns nämlich nicht vorstellen, dass die Gemeinden auf Dauer in der Lage sind, das für die kommenden Jahre prognostizierte Aufkommen von 205 Mio € an Kreisumlage zu erwirtschaften.

Die Haushalte 2007 und 2008 stehen für eine Neuausrichtung der Finanzpolitik des Kreises. Die guten Steuereinnahmen der Kommunen und des Landes machen dies möglich. Erfreulich ist auch die Aussicht, dass dies mittelfristig so bleiben könnte. Nur dürfen wir nicht in den Fehler der großen Politik verfallen, die schon Wahlgeschenke vorbereitet. **Der mühsam auf den Weg gebrachte Reformprozess darf nicht wieder auf Kosten der Kommunen verändert werden.** Wenn wir dies bei Bund und Land einfordern – und auch von unseren Gemeinden erwarten – dürfen wir von der Linie einer sparsamen Haushaltswirtschaft nicht abweichen. Dem tragen wir durch diesen Etat und die mittelfristige Finanzplanung Rechnung.

Dieser Haushalt und sein Kurs sind zukunftsfähig, wir Freien Wähler stehen dazu. Wie sagte schon Friedrich Schiller: „Nur Beharrung führt zum Ziel“. Selbstverständlich auch bei der Haushaltskonsolidierung.

Sehr geehrter Herr Landrat Eininger, ohne den wichtigen Beitrag der Verwaltungsführung und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Bereichen der Kreisverwaltung, für den wir uns ausdrücklich bedanken, ist das nicht zu schaffen.

Ich komme zum Schluss auf das eingangs zitierte Sprichwort zurück: „Geld und Weisheit schaffen Vermögen.“ Das Geld haben wir nun, man schenke uns jetzt die Weisheit dazu.

Ansprechpartner

Alfred Bachofer
Paul-Gerhardt-Straße 31
72622 Nürtingen
Fon 07022/47 09 09
Fax 07022/24 10 69
Mail A.Bachofer@gmx.net
www.freiewaehler.de

